

ESENDER_LOGIN:	ENOTICES
CUSTOMER_LOGIN:	iuscomm
NO_DOC_EXT:	2020-009024
SOFTWARE_VERSION:	9.11.2
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E_MAIL:	zentrale@iuscomm.de

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S03
DATE_EXPECTED_PUBLICATION:	/

## Konzessionsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/23/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Komm.Pakt.Net - Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts

Postanschrift: Neue Straße 40

Ort: Ulm

NUTS-Code: DE144

Postleitzahl: 89073

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Jens Schilling

E-Mail: [jens.schilling@kommpaktnet.de](mailto:jens.schilling@kommpaktnet.de)

Telefon: +49 731/270526-0

Fax: +49 731/1852211-32

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <https://www.kommpaktnet.de>

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/63e3d032-8a7e-4ce7-9774-9249d4b209ce](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/63e3d032-8a7e-4ce7-9774-9249d4b209ce)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: iuscomm Rechtsanwälte - Schenek und Zimmermann Partnerschaftsgesellschaft mbB

Postanschrift: Panoramastraße 33

Ort: Stuttgart

NUTS-Code: DE111

Postleitzahl: 70174

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Rechtsanwalt Achim Zimmermann

E-Mail: [zimmermann@iuscomm.de](mailto:zimmermann@iuscomm.de)

Telefon: +49 711/2535939-33

Fax: +49 711/2535939-27

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.iuscomm.de>

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen elektronisch via: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/63e3d032-8a7e-4ce7-9774-9249d4b209ce](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/63e3d032-8a7e-4ce7-9774-9249d4b209ce)

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/63e3d032-8a7e-4ce7-9774-9249d4b209ce](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/63e3d032-8a7e-4ce7-9774-9249d4b209ce)

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts

- I.5) **Haupttätigkeit(en)**  
Andere Tätigkeit: Förderung des Breitbandausbaus

## **Abschnitt II: Gegenstand**

- II.1) **Umfang der Beschaffung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**  
Überlassung passiver Infrastrukturen durch Komm.Pakt.Net im Gebiet der Gemeinde Bermatingen zur Sicherstellung einer NGA-Breitbandversorgung im Wege der Dienstleistungskonzession
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**  
64214400
- II.1.3) **Art des Auftrags**  
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**  
Überlassung passiver Infrastrukturen durch Komm.Pakt.Net im Gebiet der Gemeinde Bermatingen zur Sicherstellung einer NGA-Breitbandversorgung im Wege der Dienstleistungskonzession zum Betrieb und zur Erbringung von Endkundendiensten im Wege der Pacht über kommunale NGA-Netze zur Breitbandversorgung gemäß Anlage Aufgaben-, Projekt- und Netzbeschreibung zu den Ausschreibungsunterlagen.
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**  
Wert ohne MwSt.: 1 000 000.00 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
- II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**
- II.2.3) **Erfüllungsort**  
NUTS-Code: DE147  
Hauptort der Ausführung:  
Gemeinde Bermatingen im Bodenseekreis
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**  
Mit Zuschlagserteilung an den obsiegenden Bieter kommt ein Netzbetriebsvertrag zustande, der mit Aufforderung zur verbindlichen Angebotsabgabe (Phase 2) verbindlich von der Vergabestelle vorgegeben wird. Der Netzbetriebsvertrag regelt die zu erbringenden Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit dem Ausschreibungsgegenstand, insbesondere die Pflichten des Auftragnehmers zum Netzbetrieb, Erbringung von Endkundendiensten, Pachtzahlung, Instandhaltung, Wartung, Unterhaltung und Dokumentationspflichten sowie Auskunftspflichten. Hauptleistungspflicht ist neben dem Aufbau der aktiven Technik insbesondere die Erbringung von Mehrfachdiensten durch den Auftragnehmer, also Telefonie, Internet und Fernsehen. Das Projekt wird dabei nach der sogenannten Förderrichtlinie des Bundes und der sogenannten VwV Breitbandmitfinanzierung des Landes Baden-Württemberg gefördert. Der Förderbescheid ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt. Sämtliche Vorgaben der einschlägigen Förderprogramme und des Zuwendungsbescheides bzw. der Nebenbestimmungen und Auflagen sind vom Auftragnehmer einzuhalten. Näheres ist ebenfalls den Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen. Nach dem Förderbescheid sind nach dem Ende der Maßnahme alle Teilnehmer im Projektgebiet zuverlässig mit Bandbreiten von mind. 1 Gbit/s symmetrisch zu versorgen. Daher hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass gegenüber den Endkunden im Projektgebiet eine entsprechende Versorgung angeboten wird.  
Ergänzend wird auf die ausführliche Darstellung in den Ausschreibungsunterlagen verwiesen.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die Konzession wird vergeben auf der Grundlage der nachstehenden Kriterien:

- Kriterium: Pacht 55 %
- Kriterium: Versorgungskonzept 45 %

**II.2.6) Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 1 000 000.00 EUR

**II.2.7) Laufzeit der Konzession**

Laufzeit in Monaten: 84

**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

**II.2.14) Zusätzliche Angaben****Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben****III.1) Teilnahmebedingungen****III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eine Bescheinigung nach § 6 TKG.
- Nachweis über aktuell gültige Eintragung in das Handelsregister oder ein Berufsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU vom 26.02.2014 (EU-Amtsblatt L 94/65), wobei der Nachweis nicht älter als 12 Monate ab EU-Bekanntmachung dieser Ausschreibung sein darf.
- Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit bzw. über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 122, 123 GWB gemäß Formblatt Zuverlässigkeit zur Bewerbung.
- Eigenerklärung darüber, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen gemäß Formblatt MiLOG zur Bewerbung.
- Darüber hinaus hat der Bewerber die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) gemäß Formblatt LTMG der Bewerbung abzugeben.
- Angabe eines verantwortlichen Ansprechpartners gemäß Formblatt Ansprechpartner zur Bewerbung.
- Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 SchwarzarzbG vorliegen gemäß Formblatt Schwarzarbeit.
- Eigenerklärung zum Firmenprofil mit Unternehmensdarstellung, ggf. Konzernzugehörigkeiten gemäß Formblatt Firmenprofil zur Bewerbung.

**III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung und Nachweis über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Vermögensschadenversicherung mit einer Mindestdeckungssumme in Höhe von 1.500.000,00 Euro je Einzelfall für Personen- und Sachschäden und für Vermögensschäden in Höhe von 500.000,00 Euro je Einzelfall im Falle der Zuschlagserteilung gemäß Formblatt Versicherung der Bewerbung. Dabei muss die Maximierung der möglichen Ersatzleistungen des Versicherers das mindestens 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr betragen. Bei Bewerbergemeinschaften ist es ausreichend, dass einer der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft über eine Versicherung in entsprechender Höhe verfügt bzw. diese

im Falle der Zuschlagserteilung stellt. Werden die Mindesthöhen derzeit unterschritten oder liegt keine entsprechende Versicherung vor, steht es dem Bewerber/der Bewerbungsgemeinschaft frei, den Nachweis durch Abgabe einer entsprechenden Eigenerklärung und einer Bestätigung des Versicherers zu erbringen, die bestätigen, dass im Falle der Auftragserteilung eine Versicherung abgeschlossen wird, die die obigen Mindestvorgaben zu den Deckungssummen und deren Maximierung erfüllt.

- Eigenerklärung über die Einhaltung der einschlägigen Vorgaben der Förderprogramme, Förderbescheide einschließlich Nebenbestimmungen und Hinweisen gemäß Formblatt Fördervorgaben.
- Eigenerklärung über den Jahresumsatz einschließlich Umsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrages sowie Informationen über Bilanzen gemäß Formblatt Umsatz zur Bewerbung. Der Mindestumsatz netto (zzgl. MwSt.) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss dabei mindestens 1.500.000,00 Euro netto (zzgl. MwSt.) je Geschäftsjahr betragen haben. Bei Bietergemeinschaften wird der Umsatz aller Mitglieder der Bietergemeinschaft addiert.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl der Führungskräfte in den letzten drei Jahren sowie Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen in tabellarischer Form, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht (Erl.: Technische Fachkräfte in diesem Sinne sind die in dem für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Bereich qualifizierten Mitarbeiter). Für die Erklärung ist das Formblatt Mitarbeiter zur Bewerbung zu verwenden. Bei einem Austausch der Mitarbeiter im Laufe des Projektes müssen auch die jeweils ersetzenden technischen Fachkräfte über vergleichbare Qualifikationen und Berufserfahrung im Vergleich zu dem ersetzten Mitarbeiter verfügen! Es müssen mindestens 10 Vollzeitäquivalente mit technischen Fachkräften in vorbeschriebenem Sinne eingesetzt werden
- Darstellung der Referenzen gemäß Formblatt Referenzen zur Bewerbung mit Darstellung der in den letzten drei Jahren erbrachten, mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand und Auftragsvolumen vergleichbaren Leistungen bzw. durchgeführten Maßnahmen (auch Aufnahme der zurzeit laufenden, aber noch nicht vollständig erfüllten Aufträge) mit sämtlichen im Formblatt Referenzen geforderten Angaben. Es sind mindestens 3 vergleichbare Referenzen zu benennen.
- Benennung der Teile des Auftrages, die unter Umständen an Unteraufträge an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen gemäß Formblatt Unterauftragnehmer zur Bewerbung, falls die Beauftragung von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist. Wenn der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung eines Auftrages der Fähigkeiten anderer Unterauftragnehmer zu bedienen (Eignungslleihe), muss er dem Auftraggeber hinsichtlich der Eignung (finanzielle, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung) für den Unterauftragnehmer nachweisen, dass diese in der Person des Unterauftragnehmers gegeben ist. Er hat dann entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unterauftragnehmer gemäß Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer zur Bewerbung vorzulegen. Hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit ist gemäß Vorgabe im Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer zur Bewerbung Falle der Eignungslleihe zu bestätigen, dass die Unternehmen gemeinschaftliche für die Vertragsdurchführung haften.
- Bei der Bildung von Bewerbungsgemeinschaften: Beschreibung der Aufgabenteilung bzw. Auftragsanteile sowie Vorlage sämtlicher unter Ziffer 7. geforderter Erklärungen für alle Unternehmen der Bewerbungsgemeinschaft sowie Vorlage einer Eigenerklärung über die Bildung einer Bietergemeinschaft und die gesamtschuldnerische Haftung sowie Benennung eines bevollmächtigten Vertreters gemäß Formblatt Bewerbungsgemeinschaft zur Bewerbung.

- III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**
- III.2) **Bedingungen für die Konzession**
- III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**
- III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**
- III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**  
Pflicht zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Mitarbeiter, die für die Ausführung der betreffenden Konzession eingesetzt werden

#### **Abschnitt IV: Verfahren**

- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.2) **Schlussstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**  
Tag: 17/02/2020  
Ortszeit: 11:00
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**  
Deutsch

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**  
Aufträge werden elektronisch erteilt  
Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert  
Die Zahlung erfolgt elektronisch
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**  
Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe  
Postanschrift: Durlacher Allee 100  
Ort: Karlsruhe  
Postleitzahl: 76137  
Land: Deutschland  
Telefon: +49 7219268730  
Fax: +49 7219263985
- VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**
- VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**  
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Ein Bieter, der den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt hat, muss dies gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt davon unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die für den Bieter aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen bis spätestens zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen vom Bieter spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder bis zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Hilft der Auftraggeber einer Rüge nicht ab, ist der Nachprüfungsantrag spätestens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung

---

des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen. Ergänzend wird auf die Regelungen des § 160 GWB verwiesen. Die Vergabestelle wird vor Zuschlagserteilung die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon in Textform in Kenntnis setzen. Bei schriftlicher Mitteilung darf der Vertrag erst 15 Kalendertage, bei Mitteilung durch Telefax erst 10 Kalendertage nach der Absendung dieser Information abgeschlossen werden (vgl. § 134 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

20/01/2020